

Das Ziel ist die Erarbeitung von Übereinstimmung

„Die Mitglieder der DKP lassen sich von dem Grundsatz leiten, dass nur ein einheitliches, von der ganzen Partei getragenes Handeln das Unterpfand ihrer Aktionsfähigkeit und Stärke ist. Voraussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung.“

Ich denke, dass diese Aussage des Programms bei allen Genossinnen und Genossen auf Zustimmung trifft. Aber die Praxis der Partei bleibt leider trotzdem dahinter zurück. Es gibt grundlegend unterschiedliche Positionen in einer Reihe von Themen. Zu denen gehören insbesondere:

1. Die Einschätzung des Imperialismus und die Rolle, die Nationalstaaten und übernationale Regulierungssysteme darin spielen. Dies verdichtet sich u.a. in der Haltung zur EU.
2. Das Verhältnis der DKP zur Partei ‚Die Linke‘ und zur Mitgliedschaft in der ‚EL‘ – Dies oft verquickt mit der Einschätzung zur Teilnahme und Bewertung von Wahlen.
3. Die Frage der strategischen Orientierung und der Bündnispolitik: Fokussierung auf eine Orientierung auf Bewegungen oder Fokussierung auf eine Orientierung auf Klassenkampf.

Die unterschiedlichen Positionen sind nicht neu und nicht erst seit dem Positionspapier der 84 Genossinnen und Genossen „Den Gegenangriff organisieren – die Klasse gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus mobilisieren!“ und der Einrichtung eines Debattenforums durch den Parteivorstand existent. Diesen Positionsstreit gab es nahezu unverändert auch bereits vor dem letzten Parteitag und der Programmdiskussion in dessen Vorfeld. Offensichtlich ist eine „solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung“ hier nicht gelungen. Die gemeinsame Diskussion eines Programms kann und sollte ohne Zweifel ein wichtiger Schritt hierzu sein. Es wäre aber ein Fehler, anzunehmen, dass die Verabschiedung eines Programms die Erarbeitung von Übereinstimmung ersetzen kann. Dabei habe ich Verständnis für Befürchtungen im PV, die Diskussion birge die Gefahr von Lähmung, von Fraktionierung bis hin zum faktischen Ende für die Partei. Die Tatsache, dass die Diskussion teilweise in einer Form geführt wird, die nicht mehr solidarisch zu nennen ist, bestärkt mich dabei in meinem Verständnis. Aber es gibt keine Alternative dazu, die Debatte trotzdem zu führen. Ein „Ende der Debatte“ vor einer „Erarbeitung von Übereinstimmung“ ist keine machbare Option.

In seinem Referat zur 8. PV-Tagung sagt Heinz Stehr, dass Meinungsunterschiede zum Problem werden, wenn von Vertretern der Minderheit die Position der Mehrheit nicht authentisch wiedergegeben wird. Dem ist zuzustimmen. Es wäre eine ungerechte Polemik, Heinz zu unterstellen, eine entstellende Wiedergabe der Positionen der Minderheit durch die Mehrheit nicht auch als problematisch verurteilen zu wollen. Zumindest habe ich ihn so verstanden. Nicht verstehen kann ich aber die zweite Warnung von Heinz, dass Positionspapiere von Genossinnen und Genossen, die nicht dem Stand des Parteiprogramms entsprechen, ein Problem und gar eine Belastung der innerparteilichen Demokratie seien. Wie denn sonst könnte eine abweichende Position in der Partei zur Diskussion gestellt werden – gerade auch mit dem Ziel, Übereinstimmung erarbeiten zu wollen?

Ich wiederhole die Formulierung von der „Erarbeitung von Übereinstimmung“ so penetrant, weil sie m.E. den Kern dessen trifft, was notwendig ist. Das Ziel, Andere von den eigenen Positionen überzeugen zu wollen, ist sicherlich nicht nur gerechtfertigt sondern gehört auch zur Ernsthaftigkeit eigener Überzeugung. „Erarbeitung von Übereinstimmung“ verweist aber auf mehr als nur Überzeugungsarbeit: Es impliziert, dass gerade die Auseinandersetzung mit

abweichenden Positionen eine Methode ist, um in gemeinsamer Arbeit bessere, Fehler vermeidende Positionen zu gewinnen. Diese Methode ist nun nicht neu. Bereits in der Antike wurde von Plato und noch mehr von Aristoteles als Methode gelehrt, im (Streit)-Gespräch richtige Erkenntnisse zu erarbeiten und diese Methode wurde von ihnen Dialektik genannt. Diese antike Dialektik ist etwas anderes, als wir seit der Neuzeit unter Dialektik verstehen – aber Kant, Fichte, Hegel und Marx haben bewusst diese Bezeichnung der alten Griechen übernommen. Es gibt keine Möglichkeit, die Debatte in der Partei nicht zu führen. Noch mehr: Wir dürfen uns nicht erlauben, die Debatte um unterschiedliche Positionen in der Partei lediglich als unvermeidbares Übel zu führen, sondern wir müssen sie als konstruktive Arbeit begreifen, gemeinsam Fehler zu vermeiden und richtige, sich in erfolgreicher Politik beweisende Erkenntnisse zu schaffen. Wenn sich das jetzt nach „Friede Freude Eierkuchen“ anhören mag – es ist das genaue Gegenteil: Es ist nicht der Aufruf: „Streitet euch doch nicht!“ – sondern: „Führt den Streit – und zwar richtig! D.h. Kämpft um die ‚Erarbeitung von Übereinstimmung‘!“

Wir sollten nicht vorschnell Schubladen aufmachen und die unterschiedlichen Positionen darin ablegen. Trotzdem denke ich, dass beide Seiten im Wesentlichen zustimmen würden, dass sie ihre jeweilige Kritik aus Sorge äußern vor einer drohenden Zunahme opportunistischer und revisionistischer Positionen auf der einen Seite, respektive linksradikaler, sektiererischer Positionen auf der anderen Seite. (Manche haben dabei jedoch keine „Sorge vor einer drohenden Zunahme“ mehr, sondern machen den Vorwurf, es gäbe bereits einen vollendeten Übergang auf die jeweilige andere Position.) Ich halte die Sorge auf beiden Seiten für berechtigt. Die DKP ist sowohl durch opportunistische als auch durch sektiererische Positionen bedroht und beide Fehler würden sich verheerend auf die Zukunft der Partei auswirken. Dabei ist es doch keine neue Erkenntnis, dass das Verhältnis von rechtem Opportunismus und ‚linkem‘ Sektierertum ein dialektisches Verhältnis ist. Georgi Dimitroff, der auf dem 7. Weltkongress der Komintern zu deren Generalsekretär gewählt wurde, analysierte in seinem berühmten Hauptreferat die Herausforderungen der Einheitsfrontpolitik an die Kommunistischen Parteien. Dort finden sich in aller Klarheit formuliert die Grundlagen einer, den Entwicklungsstand der Massen berücksichtigenden Bündnispolitik – also der Politik, die die Mehrheit des PV sich verpflichtet fühlt, gegen die Autoren und Unterzeichner des „Gegenangriff“-Papiers zu verteidigen. Über viele Seiten formuliert dort Dimitroff die Kritik am Sektierertum, von dem er sagt, es sei inzwischen keine bloße Kinderkrankheit mehr sondern ein tief wurzelndes Übel:

„Man ignorierte die Notwendigkeit eines zähen Kampfes unter den Massen zur Gewinnung ihres Vertrauens. Man vernachlässigte den Kampf für die Teilforderungen der Arbeiter und die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften und den faschistischen Massenorganisationen. Die Einheitsfrontpolitik wurde häufig durch bloße Appelle und abstrakte Propaganda ersetzt.“

Aber dann fährt Dimitroff mit dem Folgenden fort:

„Indem wir auf das entschiedenste für die Ausmerzung und Überwindung der letzten Reste des selbstgefälligen Sektierertums kämpfen, müssen wir gleichzeitig auf jede Art und Weise unsere Wachsamkeit und den Kampf gegen den Rechtsopportunismus sowie gegen alle seine konkreten Erscheinungsformen verstärken, unter Beachtung dessen, dass seine Gefährlichkeit mit der Entfaltung der breiten Einheitsfrontpolitik zunehmen wird.“

Dieses Verständnis für die Dialektik, die darin besteht, dass gerade mit der erfolgreichen Umsetzung einer gegen die Fehler des Sektierertums gerichteten Politik die Gefahr des Opportunismus umso größer wird, (und natürlich auch gleichermaßen für den spiegelverkehrten Fall, den Dimitroff einige Seiten vorher benennt) – dieses Verständnis ist das, was wir dringend von Dimitroff und von Lenin lernen können und müssen. Leo Mayers

Aussage in seiner Europawahl-Analyse – *„deshalb muss Erstens im Vordergrund die Zusammenarbeit und die Stärkung der Bewegungen und der politischen Linken stehen - und nicht der Kampf gegen Opportunismus und Reformismus“* – ist genau das Falsche: Je mehr wir die Zusammenarbeit mit Bündnispartnern suchen und je erfolgreicher wir dabei sind, desto wichtiger wird der Kampf gegen Opportunismus und Reformismus. Um auch hier kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es geht keineswegs darum, einen „goldenen Mittelweg“ zwischen Opportunismus und Sektierertum zu propagieren. Es muss darum gehen, die Gefahr beider Fehler zu verstehen und ernst zu nehmen. Wir müssen dahin kommen, gerade im Kampf gegen den Opportunismus, die Warnung vor Sektierertum als berechtigte Ergänzung zu verstehen und umgekehrt gerade bei der Abwehr von Sektierertum die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Opportunismus zu begreifen.

Sowohl das Positionspapier der 84 als auch die Antworten von Heinz Stehr und Hans-Peter Brenner die im Diskussionsforum im Internet veröffentlicht sind, genügen diesen Anforderungen nicht. Ohne hier die Texte in allen Details zu kommentieren, möchte ich meine Kritik an einzelnen Beispielen darstellen: Ich kann dem „Gegenangriff“-Papier im Abschnitt 1 zur Beschreibung der Krisenursachen („Die Ursache der Krise ist der Kapitalismus“) und im Abschnitt 2 zur Beschreibung der Strategie des deutschen Imperialismus in weiten Teilen folgen. Meine Zustimmung findet auch die, von Heinz zu Recht als Abweichung vom Programm benannte Aussage *„Die Theorie der Herrschaft eines transnationalen Kapitals, eines kollektiven Imperialismus, hat sich in der Krise als grundfalsch erwiesen“*. Hans-Peter Brenner spricht hierzu von einer *„halbrichtigen Einschätzung“*: Er räumt ein, *„dass die imperialistischen Mächte die Krise vor allem mit Hilfe ihrer jeweiligen Heimatbasis bewältigen wollen“* – ergänzt aber zu Recht, dass es zugleich auch gemeinsame Bemühungen der imperialistischen Hauptmächte und inzwischen auch der wichtigsten Schwellenländer gibt. Doch abgesehen davon, dass im Positionspapier der 84 keine Leugnung solcher Zusammenarbeit zwischen imperialistischen Konkurrenten zu finden ist, schafft dieser Hinweis keine Antwort auf das m.E. wesentliche Problem der Fokussierung auf „transnationales Kapital“ und das ist der damit verbundene Verzicht darauf, die Widersprüche und Konkurrenz zwischen imperialistischen Mächten aktiv auszunutzen zur Stärkung unseres Kampfs. Am Beispiel Opel gäbe es da noch einiges aufzuholen. Im Abschnitt 3 des Positionspapiers, der sich mit unserer Gegenstrategie beschäftigt, häufen sich dann aber die Anzeichen dafür, was Lenin die Kinderkrankheit und Dimitroff als tief wurzelndes Übel bezeichnete. Der Anfang mag dabei noch eine sprachliche Schwäche sein: Gegen die Erklärung des Multimilliardärs Warren Buffet, *„Es herrscht Klassenkrieg (...) und wir gewinnen“* erwidert das Positionspapier: *„Angesichts dieser Offenheit, ist es notwendig, dass auch wir erklären: Es herrscht Klassenkampf, ein Klassenkampf der Reichen“*. Nein – diese Erklärung abzugeben ist weder notwendig noch wirklich hilfreich. Notwendig ist der wirklich geführte Klassenkampf und nicht seine Proklamation. Auf den ersten Blick vielleicht auch nur eine sprachliche Schwäche ist der im Vorwort formulierte Satz: *„Das erfordert von Kommunistinnen und Kommunisten, Illusionen in den Kapitalismus nicht zuzulassen.“* Was soll das denn heißen? Der Nutzen eines proklamierten Verbots von Illusionen ist nun wirklich eine Illusion. Illusionen lassen sich nur dadurch beheben, dass im Klassenkampf konkret die Wirklichkeit erfahrbar wird. (Und diese Erfahrungen – das sei in die andere Richtung gesagt – können nicht Bewegungen machen sondern nur konkrete Individuen.) Deswegen ist die Forderung nach Vergesellschaftung der Banken durch Kommunisten unbedingt zu unterstützen. Es stimmt nicht, was im Positionspapier steht: *„Diese Forderung in der aktuellen Situation an den kapitalistischen Staat zu stellen, schürt nur Illusionen in seine Überparteilichkeit.“* Im Gegenteil: Im gemeinsamen Kampf für diese Forderung werden sich die Erfahrungen machen lassen, die solche Illusionen zerplatzen lassen. Und dies nicht erst in revolutionären Zeiten. In revolutionären Zeiten bestände stattdessen die Möglichkeit, diese Forderung auch umsetzen zu können. Im Vorwort des Positionspapiers steht hierzu richtig:

„Revolutionäre Politik in nichtrevolutionären Zeiten heißt vor allem, jedes fortschrittliche Interesse aufzugreifen und gemeinsam mit den Betroffenen Widerstand für die Durchsetzung dieser Interessen zu entwickeln.“

Der im Diskussionsforum abrufbare Text von Heinz Stehr ist lediglich ein Auszug aus seinem Referat auf der 8. PV-Tagung. Heinz schreibt darin zu den Positionen der 84: *„Sie behaupten, die Imperialismusanalyse im Programm sei falsch.“* Dies ist m.E. eine authentische Wiedergabe. Nicht jedoch der folgende Satz: *„Sie betonen aber auch in dem euch vorliegenden Beitrag, die nationale Ebene wäre ausschließlich entscheidend.“* Entweder war der den Genossen vorliegende Beitrag ein anderer als der, der mir vorliegt, oder ich bin nicht in der Lage, diesen Text korrekt zu lesen. Eine solche Aussage konnte ich zumindest nirgends im Positionspapier finden. (Offensichtlich anders als Robert Steigerwald, der für mich unverständlicherweise in seinem Debattenbeitrag davon spricht, im 84-er Papier sogar ein *„Dogma (...) vom primär nur ‚nationalen‘ Kampfboden“* gefunden zu haben.) Eine solche verengende Einschätzung unserer Handlungsfelder wäre sicherlich falsch – aber auch hier gilt, dass es ein Problem ist, wenn eine abweichende Position *„nicht authentisch wiedergegeben wird – wohl auch um die eigene Sichtweise ‚plausibler‘ zu begründen“*. Zusammenfassend urteilt Heinz: *„Das Profil der DKP ist gefährdet durch sektiererische Verengungen und dogmatische Positionen.“* Dem kann ich zustimmen, hätte jedoch mehr Sorge um die Politik als um das Profil der DKP. Ich denke auch, dass Heinz dies genauso sieht. Aber ich spare es mir hier auszuführen, welche gleichzeitige Bedrohung für Politik und Profil der Partei an dieser Stelle notwendig auch zu nennen gewesen wäre. Und dies weiterhin nicht um ausgleichende Gerechtigkeit anzustreben, sondern weil eine richtige Politik nicht entwickelt werden kann, ohne das dialektische Verhältnis der beiden Fehler, Opportunismus und Sektierertum zu begreifen.

Im Diskussionsbeitrag von Hans-Peter Brenner scheint eine tiefe Verärgerung über das Positionspapier zum Ausdruck zu kommen. Dies mag erklären, dass hier mehrfach Positionen so zugespitzt wiedergegeben werden, dass diese wirklich nicht mehr ‚authentisch‘ zu nennen sind. Beispiel: *„Reicht es aus zu sagen ‚Weg mit dem Kapitalismus.‘ Wird nicht mehr erwartet, als diese ganz allgemeinste der allgemeinen Aussagen?“* In diesem Zorn geht dann leider fast unter, wenn Hans-Peter mit der Frage *„Ist ‚Offensive‘ also eigentlich nichts anderes als ‚Abwehr‘ plus vermehrtes Reden über Sozialismus?“* den meiner Meinung nach wirklichen Kern der Kritik am Positionspapier aufwirft: Die Frage nach den konkreten Formen in denen wir dazu beitragen können, dass die Massen sich von Illusionen befreien und an revolutionäre Positionen herangeführt werden. Auch Hans-Peter zitiert aus Dimitroffs Komintern-Referat: *„Die ‚linken‘ Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom ‚Ziel‘ gesprochen, ohne sich um die Übergangsformen zu kümmern.“* Doch dann ersetzt Hans-Peter mit drei Auslassungspunkte den nächsten Satz aus Dimitroffs Referat: *„Die Rechtsopportunisten dagegen versuchten, ein besonderes ‚demokratisches Zwischenstadium‘ zwischen der Diktatur des Proletariats zu konstruieren, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spaziergangs aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken.“* Dimitroff betont, dass Lenin nicht von irgendeiner Übergangsform zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur spricht, sondern eben *„von einer Form des Übergangs und des Herantretens an die ‚proletarische Revolution‘“*. Dimitroff lediglich so einseitig zu lesen, heißt, ihn zu amputieren, heißt, auf das dringend notwendige Verständnis der Dialektik von Opportunismus und Sektierertum zu verzichten.

Wir werden keine erfolgreiche kommunistische Politik entwickeln, wenn wir den sektiererischen Fehler begehen, die eigene Erkenntnis über die Realität und nicht die im Kampf um konkrete Interessen gewonnenen Erfahrungen lebendiger Menschen zur Grundlage unserer Politikentwicklung zu machen. Wir werden keine richtige Politik entwickeln, wenn

wir darauf verzichten, auch reformistische Forderungen zu unterstützen, falls diese das Potential haben, dass im Kampf für diese Forderungen Erkenntnis schaffende Erfahrungen gemacht werden können. Wir werden aber ebenso wenig eine richtige Politik entwickeln können, wenn wir die Arbeit mit lebendigen Menschen ersetzen durch die Arbeit mit abstrakten Bewegungen, wenn wir vergessen, dass wir die Menschen mit ihren Erfahrungen nicht alleine – schon gar nicht in reformistisch ausgerichteten Bewegungen alleine lassen dürfen sondern für klare marxistische Erklärungen verantwortlich sind. Wir werden aber die einen wie die anderen Fehler nicht vermeiden, wenn wir nicht verstehen, dass der eine Fehler nur zu bekämpfen ist, wenn gleichzeitig der andere mit bekämpft wird.

Es gibt gute Gründe, die nicht zu verhindernde Debatte in der Partei, nicht als unvermeidbare Last anzusehen sondern als notwendige Arbeit, die Kraft der Partei zu stärken, opportunistische und sektiererische Fehler zu vermeiden. Um dies zu schaffen gilt weiterhin:

„Voraussetzung dafür ist die solidarische Diskussion und die Erarbeitung von Übereinstimmung.“

Die Verantwortung dafür trägt die Partei im Ganzen und sie liegt bei jeder einzelnen Genossin und jedem einzelnen Genossen – inklusive der im Parteivorstand tätigen.

Jürgen Lloyd